Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Rade vormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 292 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 8 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Dienstag, den 14. Dezember | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1926

Einigung in Genf.

Krise und Einigungsversuche.

Rückfragen in Berlin und Paris.

Kurz vor Schluß der Völkerbundratstagung ist in Genf noch eine Krise entstanden. Diese Krise hat ihren Ursprung in einem Besuch des französischen juristischen Sachverständigen Fromageot beim deutschen juristischen Sachverständigen Dr. Gaus, der plötzlich französische Bedenken über die bisher von den Vertretern der Rheinpaktmächte getroffenen Vereinbarungen wegen der Übernahme der Kontrolle durch den Völkerbund aussprach. Dieser französische Schritt scheint auf Betreiben Poincarés zurückzuführen zu sein, mit dem sich Briand in Verbindung gesetzt hatte, um dem französischen Ministerpräsidenten Bericht über die schwerwiegenden Verhandlungen in Genf zu erstatten.

Auch Dr. Stresemann hat sich mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt, um weitere Instruktionen über die Haltung der deutschen Delegation einzuholen. Reichskanzler Dr. Marx hat sofort die Minister zusammenberufen. In einer Ministerbesprechung wurden dann die aus Genf vorliegenden Berichte Dr. Stresemanns über die Verhandlugen, betreffend die Aufhebung der Militärkontrolle, behandelt. Das Reichskabinett hat Dr. Stresemann mitgeteilt, daß der Genfer deutschen Delegation freie Hand in ihrer Entscheidung gelassen wird.

Bei den Differenzpunkten zwischen Deutschland und seinen Verhandlungspartnern in Genf handelt es sich um folgendes: Die Botschafterkonferenz in Paris hat erklärt, daß Deutschland zwar in der Hauptsache seine Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt habe, daß aber noch zwei Forderungen gestellt werden müßten, von denen die eine die Ostbefestigungen, insbesondere Königsberg, betrifft, die andere die Ausfuhr von sogenanntem Kriegsmaterial, bei dem es sich in der Hauptsache um optische Instrumente handeln soll. Briand und Chamberlain wollen zwar innerhalb weniger Wochen die Militärkontrollkommission abberufen, wollen aber hierfür eine besondere Liquidationskommission einsetzen, die nachprüfen soll, ob die deutsche Regierung nach Aufhören der Militärkontrolle die Vereinbarungen bezüglich der Ostbefestigungen erfüllt hat. Die deutsche Delegation in Genf wendet hiergegen ein, daß eine solche Liquidationskommission eine Fortsetzung der Militärkontrolle in anderer Form wäre und lehnt die Zustimmung zur Einsetzung dieser Kommission ab.

Wie es heißt, haben sich die Außenminister in Genf bereits mit der hervorgetretenen Krise beschäftigt und sollen zu einem neuen Kompromiß gekommen sein, dessen Annahme von der Zustimmung ihrer Regierungen und des Völkerbundrates abhängig gemacht worden ist.

*

Das Kompromiß in Genf.

Ende der Militärkontrolle 1. Februar.

Die Beendigung der Ententemilitärkontrolle in Deutschland war die eine Streitfrage in Genf. Wann soll diese Kontrolle endlich aufhören? Auf der Botschafterkonferenz in Paris hatte man wieder Schwierigkeiten gemacht: die deutschen Befestigungen an der Ostgrenze und die Frage der Ausfuhr von „Kriegsmaterial" aus Deutschland.

Hierüber ist nun in Genf eine Art von Einigung herbeigeführt worden: danach soll die Militärkontrolle der Entente auf alle Fälle am 1. Februar nächsten Jahres aufhören. Ist bis dahin in jenen beiden Fragen eine Einigung nicht erzielt — die Verhandlungen darüber sollen von Regierung zu Regierung gehen, nicht der Botschafterkonferenz überlassen bleiben —, so findet ein schiedsgerichtliches Verfahren statt, und zwar entweder vor einer besonders eingesetzten Kommission oder vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag. Von vornherein verpflichtet man sich allseitig, den dann zu fällenden Spruch anzuerkennen.

Natürlich liegt darin eine gewisse Gefahr für uns, weil man ungefähr alles, was überhaupt an Waren produziert wird, als „Kriegsmaterial" ansehen kann und England sich jede deutsche Konkurrenz nur allzugern vom Halse zu schaffen versucht.

Die zweite Streitfrage betraf das sog. „Investigations"protokoll, also die Militärkontrolle des Völkerbundes in Ausführung des Artikels 213 des Versailler Vertrages. Hier ist der französische Anspruch auf Einrichtung einer ständigen Kontrollkommission gescheitert, und die Erklärung, die der tschechoslowakische Außenminister Benesch auf der Schlußsitzung des Völkerbundrates verlas, enthält als „Auslegung" zu jenem Protokoll die ausdrückliche Bestimmung, daß der Völkerbundrat mit Mehrheitsbeschluß entscheidet, ob es in einem bestimmten Falle notwendig ist, zu einer militärischen Kontrolle zu schreiten, deren Gegenstand und Begrenzung genau festzulegen ist.

Für die Ausführung wird zunächst alles Notwendige mit der deutschen Regierung und durch sie mit den zuständigen deutschen Behörden vereinbart; allerdings sitzt ein deutsches Mitglied nicht in der Investigationskommission, wenn diese in Deutschland kontrolliert. In allen anderen Fällen, also bei einer Kontrolle in Österreich, Ungarn und Bulgarien, können wir ein derartiges Mitglied stellen.

Auch hinsichtlich der entmilitarisierten Rheinlandzonen gelten keine besonderen Bestimmungen, auch dort gibt es keine ständige Kontrollkommission des Völkerbundes. Eine solche kann geschaffen werden nur durch ein Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen: das sind die Mächte, die den Vertrag von Locarno abgeschlossen haben, also auch Deutschland. Daß wir der Einrichtung einer ständigen Kommission zustimmen, ist natürlich ausgeschlossen.

Die deutsche Regierung hat sich mit dieser Vereinbarung einverstanden erklärt.

Im wesentlichen ist also in der Investigationsfrage der deutsche Standpunkt durchgedrungen, was besonders deswegen bemerkenswert ist, weil diese „Auslegung" dem Wortlaut des eigentlichen Investigationsprotokolls vom 27. September 1924 mehrfach direkt widerspricht.

Auf der Schlußsitzung

meinte Dr. Stresemann in einer Rede: „Es wird auch in unserer Politik nicht an Rückschlägen fehlen, aber es wird sich zeigen, daß eine große Idee in den Menschen Widerstände zu überwinden vermag, die formal unüberwindlich scheinen, und daß es die großen Ideen sind, die sich schließlich durchsetzen." Auch jetzt gab es solche Widerstände; erfreulicherweise gelang es, sie fast restlos zu überwinden. Die Abreise der deutschen Delegation nach Berlin war auf Sonntag abend 6 Uhr, die Ankunft für Montag festgesetzt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Beratung über das von der Regierung vorgelegte Arbeitsgerichtsgesetz hat im Reichstag begonnen.

* Die preußische Regierung wird ihren Beamten eine Weihnachtsgratifikation in demselben Ausmaß, wie sie den Reichsbeamten gewährt wird, zur Auszahlung bringen lassen. Auch die Beamten der Eisenbahn und Post sollen eine Weihnachtsgratifikation erhalten.

* Bei dem Brande eines großen Spezialitätentheaters in Rom sind vier Künstlerinnen zu Tode gekommen, zahlreiche Personen wurden verletzt.

Deutscher Reichstag.

(248. Sitzung.) CB. Berlin, 11. Dezember.

Der Gesetzentwurf über Verlängerung der Lohnpfändungsverordnung wurde dem Rechtsausschuß, der deutschnationale Antrag über Kleinrentnerfürsorge dem Haushalts- und Sozialpolitischen Ausschuß, der völkische Antrag über Hypothekenumwertung und Ablehnung öffentlicher Anleihen dem Rechtsausschuß überwiesen. Es folgte dann die zweite Beratung des Entwurfs eines

Arbeitsgerichtsgesetzes.

Der Ausschuß hat viele Änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, der Ausschuß habe den Grundzügen der Regierungsvorlage zugestimmt und viele wertvolle Änderungen vorgenommen. Es hätte ein Mittelweg eingeschlagen werden müssen, der sowohl den sozialen Forderungen als auch denen der ordentlichen Rechtspflege Rechnung trage. Es wäre falsch, daß seitens des Deutschen Richterbundes und des Deutschen Anwaltvereins in ihren letzten Protesterklärungen behauptet werde, daß das rechtsgelehrte richterliche Element mehr oder minder aus dem Arbeitsgerichte hinausgedrängt werde. Die Juristen dürften nicht verlangen, bei den Arbeitsgerichten das allein maßgebende Element zu sein. Die Vorlage bringe die Verwirklichung der im Artikel 157 der Reichsverfassung enthaltenen Verheißung eines einheitlichen Arbeitsrechtes.

Abg. Aufhäuser (Soz.) sah die Vorlage als einen Anfang zum kollektiven Arbeitsrecht an, wenn auch nicht alle Wünsche der Sozialdemokraten erfüllt seien. Der Redner wandte sich scharf gegen die Eingabe des Deutschen Richtervereins. Sehr kühn sei dessen Behauptung, daß in den Arbeitsgerichten an Stelle der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Richter die politische und wirtschaftliche Bedingtheit träte. Die Protestaktion mache den Eindruck einer politischen Verschwörung gegen die große Selbsthilfeorganisation der deutschen Wirtschaft und Arbeit.

Abg. Rademacher (Dtn.) betonte, auch die Deutschnationalen wünschten eine billige, einfache und schnelle Rechtsprechung in Arbeitsstreitigkeiten. Aber die Vorlage bedeute in vielen Punkten einen Sprung ins Dunkle. Der Redner wies die Kritik des Vorredners an der Eingabe des Deutschen Richterbundes und an dem deutschen Richterstand zurück. Es sei bedauerlich, daß die Vorlage nicht im Rechtsausschuß, sondern im Sozialpolitischen Ausschuß beraten worden sei. Die Einrichtung der Arbeitsgerichte erster Instanz sei eine Gefährdung der Rechtseinheit. Auch die Bestimmungen über die Erfindungen seien bedenklich. Der Redner wandte sich dann gegen Einzelheiten der Vorlage. So sei die Ausschließung der Anwälte bei der ersten Instanz eine ungerechte Herabsetzung des Anwaltstandes. Zwischen Demokratie und Richtertum bestände ein unlösbarer Gegensatz. Aber das unabhängige Richtertum müsse als Grundlage des Rechtsstaates erhalten bleiben.

Reichsjustizminister Dr. Bell

bedauerte, daß mit der Bekämpfung der Eingabe des Deutschen Richterbundes außerordentlich scharfe Angriffe gegen die Rechtsprechung im allgemeinen erhoben worden seien. Die völlige Fernhaltung der ordentlichen Richter von den Arbeitsgerichten würde ein Unglück für die Richter und für das Arbeitsrecht sein. Er bedauere die vollständige Ausschließung der Anwälte in der ersten Instanz. Aber es dürfe nicht vergessen werden, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte die Anwälte absolut ausschlössen. Die Vorlage beschreite den richtigen Mittelweg. Der Minister führte aus, daß von einer verfassungsändernden Wirkung der Vorlage keine Rede sein könne.

Abg. Buchholz (Ztr.) erklärte sich für die Zentrumsfraktion mit der Vorlage in der Ausschußfassung einverstanden. Zu begrüßen sei vor allem die mit ihr erreichte große Vereinheitlichung der Rechtspflege. Tatsächlich werde der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch das neue Gesetz nichts genommen, sondern es würden im Gegenteil ordentliche Richter herangezogen bei den Streitfällen, von denen sie bisher durch die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ganz ausgeschaltet waren. Oberster Zweck der Arbeitsgerichte sei die schnelle Herbeiführung von Vergleichen.

Abg. Dr. Pfeffer (D. Vp.) erklärte, trotzdem der Entwurf von vornherein den Charakter eines Kompromisses trage, bedeute er im ganzen einen Fortschritt gegenüber der bisherigen Rechtsprechung. Im Interesse des Arbeitsrechts selbst hätte man aber auch die Arbeitsgerichte erster Instanz an die ordentlichen Gerichte angliedern sollen. Die Rechtsanwälte müßten in erster Instanz wenigstens bei berufungsfähigen Objekten zugelassen werden. Besondere Bedenken hätten seine Freunde gegen die Mitwirkung der wirtschaftlichen Verbände bei der Verwaltung der Gerichte. Bedauerlich sei besonders die Beseitigung der Innungsschiedsgerichte. Die Ausschußbeschlüsse über Erfinderstreitigkeiten erklärte der Redner für unklar und bedenklich.

Vizepräsident Dr. Rießer teilte mit, daß der Abg. Herold (Ztr.) im Hause erkrankt sei, und wünschte ihm baldige vollständige Besserung.

In der Debatte über das Arbeitsgerichtsgesetz nehmen noch die Abgg. Bartz (Komm.), Raschig (Dem.), Beier-Dresden (Wirtsch. Vgg.), Schwarzer (Bayr. Vp.) das Wort und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wiederholt die Erklärung, daß als wirtschaftliche Verbände im Sinne des Gesetzes nur tariffähige Organisationen gelten könnten. Als Arbeitnehmerverbände würden auch solche anerkannt, in denen neben Arbeitern auch Angestellte und Beamte organisiert sind. Dann wird die Weiterberatung auf Montag vertagt.

*

Der Reichstagsabgeordnete Herold, der Senior der Zentrumspartei, erlitt im Reichstag einen schweren Anfall und mußte ins Hedwigskrankenhaus gebracht werden. Der Abgeordnete Herold steht im 79. Lebensjahre.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Dr. Michaelis vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Sachverständige des Reichstags-Untersuchungsausschusses für die Ursachen des Zusammenbruches, Dr. Bredt, hatte in seinem Gutachten über die päpstliche Friedensaktion eine Reihe von Vorwürfen gegen den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis und den Staatssekretär v. Kühlmann gerichtet. Am 14. Dezember soll zunächst der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis als verantwortlicher damaliger Leiter der deutschen Politik darüber vernommen werden, ob die Regierung den Reichstag bzw. den Siebenerausschuß und andere Vertrauensmänner der Parteien über die Behandlung der päpstlichen Friedensaktion zutreffend unterrichtet hat. Außerdem sollen folgende Mitglieder des ehemaligen Siebenerausschusses vernommen werden: Graf Westarp, Dr. Stresemann, Vizekanzler a. D. v. Payer und Scheidemann.

Beseitigung früherer Hoheitszeichen in Preußen.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Runderlaß des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten entnimmt, geben wiederholte Beschwerden dem Minister Veranlassung, seine Verfügung vom 9. August 1922 in Erinnerung zu bringen. Der Minister muß, wie er erklärt, mit Nachdruck eine sorgfältige Nachprüfung darüber fordern, daß eine lückenlose Beseitigung aller früheren Hoheitszeichen (an Dienstschildern, Wegetafeln usw.) durchgeführt ist. Ein besonderes Augenmerk soll darauf gerichtet werden, daß die durch Überstreichen mit Farbe beseitigten Hoheitszeichen nicht wieder infolge Verwitterung des Farbenanstrichs hervortreten. Nötigenfalls muß der Überstrich rechtzeitig erneuert werden. Der Minister droht, alle Verstöße unnachsichtlich zu ahnden.

Staat und Herzogshaus in Anhalt.

Nach langwierigen Verhandlungen ist jetzt zwischen dem herzoglichen Hause und dem Anhaltischen Staate ein Vertragsentwurf zustande gekommen, der wahrscheinlich auch vom Landtag angenommen werden dürfte. Das herzogliche Haus überträgt dem Staat das Palais in Dessau, die Schlösser in Wörlitz, Oranienbaum und das Schloß Luisium in Dessau, ferner einen Waldbestand von 11 000 Morgen bei Haideburg sowie wertvolle Kunstschätze, Gemälde usw. Dafür übernimmt der Staat die Verpflichtung, sämtliche herzoglichen Beamten und Pensionäre zu versorgen, was eine jährliche Belastung von rund 700 000 Mark bedeutet. Das Palais in Dessau wird niedergerissen und das Gelände an die Stadt verkauft werden, die einen Park anlegen will.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Plenum des Reichstages erlitt der 78jährige Reichstagsabgeordnete Herold einen Schwächeanfall.

Berlin. Dem Reichstag sind zwei Gesetzentwürfe zugegangen, die für das besetzte Gebiet von besonderer Bedeutung sind: ein Gesetzentwurf über die Vergütung der Besatzungsleistungen und -vermögensschäden (Besatzungsleistungsgesetz) und ein Gesetzentwurf zur Änderung des Besatzungspersonenschädengesetzes.

Berlin. Der Leiter des Tanenbergbundes, Generalleutnant a. D. Bronsart von Schellendorf, gibt im Namen des Tannenbergbundes eine Erklärung ab, in der er mitteilt, daß der Tannenbergbund weder mit der Reichswehr in irgendwelcher Verbindung steht noch militärische Ausbildung betreibt.

Frankfurt a. M. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, ist aus Berlin hier eingetroffen. Er hat sich seines Leidens wegen in die Behandlung von Professor von Noorden begeben.

Preußischer Landtag.

(230. Sitzung.) tt. Berlin, 11. Dezember.

Das Haus verabschiedet in allen Lesungen den Gesetzentwurf über die Industrie- und Handelskammern. Die Übersicht über das Ergebnis des Personalabbaues in Preußen wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. — Angenommen wird ein Entschließungsantrag des Rechtsausschusses, dem Landtag eine Nachweisung über die seit dem 1. Mai 1925 auf preußischem Gebiete begangenen kriminellen Schwerverbrechen unter besonderer Aufführung der Fälle, die zu keiner Feststellung der Täter geführt haben, vorzulegen. Ferner wird die dritte Beratung des Ärztekammergesetzes erledigt. Die Abstimmungen wurden auf nächsten Dienstag verschoben. Es folgt die dritte Beratung der Novelle zum Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte. In der Besprechung betont Abg. Dr. Wester (Ztr.) die Notwendigkeit einer besonderen Standesgerichtsbarkeit für Ärzte und stimmte der Vorlage zu. Abg. Dr. Quät-Faslen (Dtn.) erklärte, eine Sozialisierung des Ärztewesens würde schädlich für die Volksgesundheit sein. Die Abstimmung wird ebenfalls ausgesetzt. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die

Regelung der Gewerbesteuer,

mit der Anträge des Zentrums und der Demokraten verbunden sind, die die Gewerbeertragssteuer insoweit erlassen wollen, als sie 30 % der Einkommensteuer überschreitet.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff erläutert den Regierungsentwurf. Da das Ergebnis der vorjährigen Gewerbesteuer für die Gemeinden günstig gewesen sei, hätten einige von ihnen bereits Steuersenkungen vorgenommen, andere würden folgen. Die jetzige Regierungsvorlage könne nur eine vorläufige Regelung bringen, weil der endgültige Finanzausgleich frühestens am 1. April 1928 in Kraft trete. Durch die Vorlage werde eine Doppelbesteuerung des Gewerbekapitals, zugleich nach dem Grundvermögen, ausgeschlossen. Es würden aber die Miet- und Pachtpreise zum Gewerbeertrag geschlagen. Trotzdem bedeute die Regelung eine Erleichterung für die Steuerzahler. Die demokratischen und volksparteilichen Anträge zur Gewerbesteuer bezeichnet der Minister als bedenklich.

Nachdem Abg. Stoll (Komm.) die Vorlage als für die kleinen Gewerbetreibenden untragbar abgelehnt und Befreiung von der Gewerbesteuer für Einkommen bis zu 5000 Mark gefordert hatte, wurde die Besprechung geschlossen. Die Vorlage und die dazu gestellten Anträge gingen an den Hauptausschuß.

Der dann zur Verhandlung stehende Bericht des Rechtsausschusses bezüglich der privaten Bergregale fordert von der Regierung ein Gutachten über die geltenden Ansprüche der früheren standesherrlichen Inhaber von Bergregalen in Preußen, wobei das Verfahren der Fürstenabfindung berücksichtigt werden soll.

Der Antrag über die Bergregale wird angenommen. Bei der Debatte über den vom Unterrichtsausschuß angenommenen Antrag der Volkspartei, gegen die Sperrung der Zuschüsse für vier Berliner Privatlyzeen durch den Berliner Magistrat und das Provinzialschulkollegium sofort staatliche Maßnahmen zu treffen, wird der volksparteiliche Antrag angenommen. Darauf stimmt das Haus einem Antrag des Siedlungsausschusses zu, der die systematische Besiedlung der emsländischen Moor- und Heideflächen verlangt; ebenso wird ein Ausschußantrag angenommen, der verlangt, daß Erhebungen darüber anzustellen sind, wieviel im Gastwirtsgewerbe Beschäftigte von der Verlängerung der Polizeistunde betroffen werden und welche Maßnahmen die Verkehrsanstalten getroffen haben, um die Beförderung der dadurch länger Beschäftigten zu ermöglichen. Danach vertagt sich das Haus.

Stresemann über seinen Nobelpreis.

Internationale Anerkennung.

In Genf gab Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Verlaufe einer Unterhaltung über die an die Träger der Friedensnobelpreise einlaufenden zahlreichen Glückwünsche folgende Erklärung ab:

Die Verleihung des Nobelfriedenspreises ist mir eine aufrichtige Freude und Genugtuung. Ich sehe in diesem Ereignis weniger eine persönliche Ehrung für die Außenminister Englands, Frankreichs und für mich — vielmehr betrachte ich die Entscheidung als Symbol der Anerkennung, die die Welt der Politik zollt, deren Anfang durch die Namen London, Locarno, Genf und Thoiry gekennzeichnet ist. Das Ziel dieser Politik ist der dauernde Frieden und das Wohlergehen der Völker. Wird dieses Ziel erreicht werden? Ich vertraue darauf, solange Männer wie Briand und Chamberlain die Geschicke ihrer Völker leiten, zwei Männer, die aufrichtig und unter Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit eine wirkliche Verständigung erstreben und deren große Verdienste um den Frieden der Welt bereits geschichtliche Tatsache sind.

Chamberlain betrachtet die Verleihung des Preises an ihn als internationale Zustimmung zu dem in Locarno eingeleiteten Friedenswerk. Briand und Stresemann aber trügen den größeren Teil des Verdienstes. — Briand äußerte sich dahin, daß er für die Ehrung außerordentlich empfänglich sei, aber die Ehre mit seinen Mitarbeitern, in erster Linie mit Paul-Boncour, zu teilen habe.

Der Glückwunsch des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Marx hat an den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem es heißt: „Ich erblicke in dieser Auszeichnung das Anerkenntnis der Weltöffentlichkeit, daß die deutsche Mitarbeit an der Weltpolitik zugleich dem Frieden der ganzen Erde dient."

*

Wie der Friedenspreis verteilt wird.

Während alle übrigen Nobelkommissionen bereits im November jedes Jahres ihr Votum zu fällen und bekanntzugeben pflegen, ergeht die Entscheidung über den Friedensnobelpreis, die einer besonderen in Oslo tagenden und aus führenden norwegischen Persönlichkeiten zusammengesetzten Kommission obliegt, traditionsgemäß erst am 10. Dezember. Nach den testamentarischen Bestimmungen Dr. Alfred Nobels sollte der Norwegische Storthing jeweils den Friedenspreis vergeben und so gehören denn auch die Mitglieder der Friedenskommission in Oslo dem norwegischen Parlament an. Bisher sind 26 Nobelpreise für Wissenschaft und Literatur nach Deutschland gefallen. Dr. Stresemann ist der erste Deutsche, der den Friedensnobelpreis erhält.

Die steuerliche Belastung des Gewerbes.

Unterredung mit dem Reichsfinanzminister.

Die starke steuerliche Belastung des Gewerbes gab dem Reichsverband des deutschen Handwerks Veranlassung, über diese Frage eine Aussprache mit dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold herbeizuführen. In der Aussprache bemerkte der Finanzminister, daß er die Finanzämter zu entgegenkommender Behandlung von Anträgen auf Herabsetzung der Vorauszahlungsraten für die Einkommensteuer angewiesen habe. Diesem müsse in allen Fällen entsprochen werden, wo die Erhebung der unveränderten Rate eine wirtschaftliche Härte bedeuten würde. Es bestehe nicht die Absicht, für das Jahr 1926 Durchschnittsgewinnsätze für das Kleingewerbe mit bindender Kraft allgemein aufzustellen, wenn auch die Finanzämter bei nicht buchführenden Handwerkern solcher Hilfsmittel nicht gut entbehren könnten. Für Betriebe mit umfangreicher Buchführung sei beabsichtigt, eine Verlängerung der Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung für 1926 bis zum 31. März 1927 zuzulassen. Die Frage der Anerkennung einer einfachen kleingewerblichen Buchführung wurde späteren Verhandlungen vorbehalten.

Zentrumsbeschluß über Beamtenanstellung

Der Nachfolger des Grafen Adelmann.

Der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei, der im Reichstag mit den Vorständen der Zentrumsfraktion und der Fraktionen der einzelnen Landesparlamente tagte, hat folgende Entschließung gefaßt:

„Der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei erklärt aus Anlaß von Meinungsverschiedenheiten in der Partei: Die Zentrumspartei hält unverrückbar an der Auffassung fest, daß grundsätzlich gegen die Berufung geeigneter Persönlichkeiten aus den freien Berufen zu leitenden Verwaltungsposten keinerlei Bedenken bestehen. Sie hält im Gegenteil in Ausnahmefällen die Berufung solcher Persönlichkeiten auch zu hohen Verwaltungsposten für wünschenswert."

Es handelte sich um die Anstellung des früheren Arbeiters Reichstagsabgeordneten Schlack zum Regierungspräsidenten in Köln, gegen die sich Widerspruch erhoben hatte.

Weihnachtsbeihilfe in Preußen.

Und für Eisenbahn- und Postbeamte.

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, den Beamten die gleiche Weihnachtsbeihilfe zu gewähren, wie sie die Reichsbeamten erhalten.

Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, ist damit zu rechnen, daß die Reichsbahn sich der Regelung des Reiches anschließen wird. Das Direktorium hat den Mitgliedern des Verwaltungsrates eine entsprechende Rundfrage vorgelegt und darum gebeten, diese bis zum 15. d. M. zu beantworten. Auch die Reichspost wird sich dem Vorgehen des Reiches anschließen. Ihre Beihilfe wird ebenfalls aus eigenen Mitteln getragen.

Falsche polnische Alarmmeldungen.

Angebliche deutsche Manöver an der polnischen Grenze.

Einige Warschauer Blätter bringen unter aufgeregten Überschriften folgendes angeblich aus Königsberg stammende Telegramm der polnischen Ostagentur: „In dem ganzen masurischen Grenzstrich, zumal in den Kreisen, die an Polen grenzen, finden deutsche Militärmanöver statt. Die einzelnen Truppenabteilungen führen engumrissene Aufgaben aus, die in den sieben Mobilisationsplänen gegen Polen einzeln festgesetzt sind. Die militärische Manöveraktion wird im ganzen Grenzviertel von Allenstein bis Tilsit geführt." Das vielgelesene Warschauer Bürgerblatt „Kurjer Warszawski" bringt die vorstehende Meldung unter dem Titel „Vorbereitungen Deutschlands zum Kriege mit Polen".

Hierzu wird von offiziöser deutscher Seite erklärt: Die Meldungen über deutsche Manöver in Ostpreußen sind völlig aus der Luft gegriffen; es finden zurzeit dort lediglich Übungen eines einzigen Regiments statt.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Der Gesetzentwurf fertig.

Der Vertreter des W. T. B. in Washington hat von unterrichteter Seite erfahren, daß der Gesetzentwurf über die Freigabe des deutschen Eigentums, der dem Haushaltsausschuß vom Unterausschuß vorgelegt worden ist, noch im Haushaltsausschuß beraten wird. Eine endgültige Abfassung der Vorlage sei noch nicht erfolgt, deshalb sei es fraglich, ob die Vorlage alsbald dem Plenum des Repräsentantenhauses vorgelegt wird. Die Vorlegung werde wahrscheinlich erst am Montag erfolgen.

Die Amerika-Abteilung des Bundes der Auslandsdeutschen teilt auf Grund eines Radiotelegrammes ihrer Newyorker Vertretung mit, daß der neue Gesetzentwurf für die Freigabe des neuen Eigentums nunmehr fertiggestellt ist und am Montag im Repräsentantenhaus eingebracht werden soll. Die Vorlage basiert auf der bereits von der Presse gemeldeten Verständigung zwischen den beteiligten Parteien, wonach 80 % der deutschen Vermögen sofort zurückgegeben werden sollen, während für die restlichen 20 % die Ausgabe von Zertifikaten auf den amerikanischen Anteil an den Dawes-Jahresraten vorgesehen ist.

Der preußische Saatenstand im Dezember.

Im allgemeinen befriedigend.

Der Saatenstand in Preußen hat sich gegen den Vormonat erfreulich gebessert mit Ausnahme des jungen Klees, der um 0,1 Punkte nachgegeben hat. Die Besserung beträgt beim Roggen (jetzt 2,8) und bei Raps und Rübsen (jetzt 2,6) 0,1 Punkt, bei Weizen 0,2, bei Gemenge 0,3 und bei Spelz 0,6 Punkte. Der jetzige Saatenstand entspricht im großen und ganzen dem vom Dezember v. J., ist sogar bei Gemenge und Klee wesentlich günstiger.

Das Vieh war im allgemeinen bereits im Oktober aufgestallt worden; im Berichtsmonat ist es zum Teil noch häufig ausgetrieben, da die Weideverhältnisse im allgemeinen günstig sind und die Landwirte wegen der knappen Futterernte an Stallfütterung sparen müssen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 14. Dezember 1926.

☐ **Mieterhöhung in Preußen erst zum 1. April.** Ein Nachrichtenbureau hat die Meldung verbreitet, der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer habe auf dem Parteitag der Zentrumspartei in Mörs eine 10 %ige Mieterhöhung zum 1. Januar 1927 angekündigt. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst feststellt, ist diese Nachricht falsch. Vor dem 1. April 1927 können nach reichsgesetzlicher Bestimmung die Mieten nicht erhöht werden. Der Minister hat bei seinen Ausführungen auf die erst am 1. Januar 1928 gesetzlich eintretende Zinserhöhung für Hypotheken hingewiesen und die daraus sich ergebenden Folgen für die Erhöhung der Mieten besprochen.

☐ **Keine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume in Preußen.** Pressemeldungen berichten, daß im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt Erwägungen schweben, die Verordnung über die Regelung der Wohnungszwangswirtschaft vom 11. November d. J. aufzuheben oder abzuändern. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst hierzu aus dem Wohlfahrtsministerium erfährt, entspricht diese Mitteilung nicht den Tatsachen.

Heimchen.

Roman von Erich Ebenstein.

Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30.

(Nachdruck verboten.)

88. Fortsetzung.

„Warum? Weil mir Fräulein von Warton ihrem ganzen Wesen nach als etwas Besonderes erschien, das vermöge seiner außergewöhnlich zarten Besaitung mir wenig geeignet schien für den Lebenskampf in einer so rauhen, brutalen Welt wie die heutige, und ich machte mir nachträglich Vorwürfe, sie in ihrem Vorhaben, diesen Lebenskampf aufzunehmen, bestärkt zu haben. Besonders da ihr ja auf Wartenegg ein so ruhiges, sorgloses Leben geboten war."

Serena stand wie auf glühenden Kohlen. Sie hatte Korabs nie etwas von Herrlingers Anerbieten erzählt — einfach, weil sie die ganze Sache als unwesentlich vergessen hatte. Nun sah es aus, als habe sie es absichtlich verschwiegen.

Auf eine Frage Frau Korabs erzählte Königsreiter auch diese Sache nun. Er fügte hinzu: „Aber nun endete ja alles vorzüglich, da ich Fräulein v. Warton bei lieben Verwandten geborgen wiederfinde und nicht, wie ich manchmal fürchtete, allein den Lebenskampf aufnehmend und dabei von Enttäuschung zu Enttäuschung wandernd!"

Fredegild konnte ihre Ungeduld kaum mehr bezwingen. Was fiel Königsreiter nur ein, sich so eingehend mit Serena zu beschäftigen und eine förmliche Wiedersehensszene aufzuführen, just als wäre er deshalb gekommen.

Was ging ihn ihr Schicksal überhaupt an?

Sie schlug plötzlich vor, die Altwiener Tassen zu besehen die Königsreiter sehen hatte wollen und die in einem Glasschrank standen.

Ein kalt blitzender Blick streifte dabei Serena, die wohl fühlte, daß darin stand: Was tust du noch da? Bildest du dir ein, man wünsche deine Gegenwart?

Innerlich erschrocken und beschämt erhob sie sich, während Frau Korab und Martha die Tassen herbeibrachten, und murmelte etwas von „draußen zu tun haben"...

Aber im Hinausgehen hatte sie noch die freudige Genugtuung, Königsreiter sagen zu hören: „Wie traulich und geschmackvoll dieser Raum eingerichtet ist! Man fühlt sich in der ersten Minute so recht von Herzen behaglich darin, weil alles so harmonisch abgestimmt ist und den bestimmten Charakter einer Persönlichkeit trägt!"

Er sah Fredegild dabei lächelnd an. „Den Deinen!" stand in seinem Blick.

Auch sie lächelte.

„Wenn Sie sich wirklich behaglich zwischen den alten Möbeln hier fühlen, müssen Sie es aber auch beweisen und öfter auf ein Plauderstündchen kommen, nicht wahr, Mama?"

Frau Korab, die anfing zu begreifen, beeilte sich, die Einladung sehr herzlich zu wiederholen...

Serena, die inzwischen nach der Küche gegangen war, um dort ihre Vorbereitungen für das Mittagsessen zu beenden, wußte kaum, was sie tat.

Ein Glücksgefühl, wie sie es nie zuvor empfunden, dehnte ihre Brust.

Er hatte also die flüchtige Bekanntschaft von Wartenegg doch nicht ganz vergessen, sondern ihrer nicht bloß gedacht, sondern sich sogar Sorge um ihr Schicksal gemacht!

Und das Zimmer drin gefiel ihm! Dies Zimmer, dessen Einrichtung ganz allein ihr Werk war! Den ganzen Tag gestern und heute von vier Uhr morgens an hatte sie daran gearbeitet, alles anders gestellt, die Bilder zu hübschen Gruppen vereinigt, Möbelstücke entfernt und durch solche aus den andern Zimmern ersetzt und durch Wandbehänge und Pflanzengruppen gemütliche Plauderecken geschaffen. Und es war schließlich wirklich ein vornehmer Raum „mit Stimmung" geworden, über den Mütterchen Korab und Martha ganz außer sich gerieten vor Entzücken und sogar Fredegild ein paar gnädig anerkennende Worte fand.

Aber was bedeutete all dies gegen die eben gehörten Worte aus seinem Mund!

Natürlich glaubte er, es sei Fredegilds Hand, die allen Dingen hier im Haus den Stempel aufdrücke, und natürlich würde sie ihn bei diesem Glauben lassen.

„Indes," dachte Serena in ihrer anspruchslosen Bescheidenheit, „was liegt daran? Die Hauptsache ist doch, daß es ihm gefiel, daß er wiederkommen wird und daß sein Lob in Wirklichkeit mir galt!"

Serena hatte schon seit Wartenegg das Gefühl, daß das bloße Erscheinen Richard Königsreiters wirke, als flamme plötzlich ein strahlendes Licht auf, das allen Dingen besonderen Glanz verleihe und daß dieses Mannes Anerkennung das höchste Glück auf Erden sei.

Aber sie empfand dies mit der harmlosen Unschuld eines Kindes. Nie wäre ihr der vermessene Gedanke aufgestiegen, daß es Liebe sein könnte, die hinter diesem Empfinden stand...

Königsreiter blieb sehr lange für einen ersten Besuch, und als er endlich ging, hatte man gegenseitig das Gefühl, als kenne man einander schon seit Jahren.

Zwei Tage später kam Viktor freudestrahlend heim: Königsreiter hatte ihm den Antrag gemacht, einen ihm übertragenen Schloßumbau, der dringend sei und den er andernfalls wegen Arbeitsüberhäufung an den Auftraggeber zurückstellen müßte, selbständig auszuführen.

Da Schloß lag im Oberland, war kürzlich von einem Großindustriellen angekauft worden und befand sich in völlig vernachlässigtem Zustand.

Der Besitzer, ein Herr Glaubitz, wünschte es stilgerecht restauriert, aber dabei zugleich beträchtlich erweitert, damit es zur Aufnahme einer größeren Gästezahl ausreiche.

Für die Dienerschaft sollte anschließend ein eigenes Gebäude neu errichtet werden, ebenso Stallungen für Reitpferde und eine Autogarage. Geld spiele keine Rolle, aber bis zum nächsten Frühjahr solle alles fertig beziehbar sein.

„Sie müßten sich natürlich sofort darüber machen, lieber Korab! Gleich in den nächsten Tagen nach Schloß Fernblick fahren, Terrain und Grundriß studieren und dann an das Entwerfen der Pläne gehen. Gefallen diese Herrn Glaubitz, müßte unverzüglich mit dem Bau begonnen werden. Haben Sie Lust zu der Sache?"

(Fortsetzung folgt.)

1927 nochmals zusammenzutreten. Bis dahin soll versucht werden, eine Verständigung über die Verminderung der Zahl der Abgeordneten und, wenn nötig, auch über die Abänderung des Landtagswahlgesetzes herbeizuführen.

Ludendorff wieder geheilt.

München. General Ludendorff wurde, nachdem er von seiner Operation wieder genesen ist, aus der chirurgischen Universitätsklinik als geheilt entlassen.

Verhandlung gegen Spritschieber.

Düsseldorf. Zehn Kaufleute aus Düsseldorf und Köln sowie Speditionsangestellte aus Köln, die angeklagt sind, 186 Vierhundertliterfässer nach Deutschland eingeführten holländischen Sprit aus dem Kölner Zollschuppen entnommen und durch gleichartige Fässer mit gewöhnlichem zollfreiem Spiritus ersetzt zu haben, standen vor dem Düsseldorfer erweiterten Schöffengericht. Gegen neun Angeklagte wurden wegen Zollhinterziehung Geldstrafen im Gesamtbetrage von 1 146 000 Mark beantragt, gegen drei außerdem drei Monate Gefängnis wegen Bandenschmuggels. Das Urteil wird kommenden Freitag verkündet.

Freisprechung im Haslocher Explosionsprozeß.

Aschaffenburg. Vor dem erweiterten Schöffengericht Aschaffenburg wurde in der Anklagesache gegen den Besitzer der Pulverfabrik Hasloch, Kommerzienrat Otto Schmidt und dessen Sohn Dr. Hermann Schmidt, die der fahrlässigen Tötung bzw. Körperverletzung beschuldigt wurden, das Urteil gefällt. Beide Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Kommerzienrat Schmidt 8 Monate, gegen Dr. Hermann Schmidt 4 Monate Gefängnis beantragt.

Einsturzkatastrophe in Lenhausen.

Olpe i. W. Auf der Baustelle des Wasserkraftwerkes Lenhausen (Kreis Finnentrop im Sauerland) stürzte einer der gewaltigen Absperrungsdämme aus Eisenbeton ein und begrub die zahlreichen dort beschäftigten Arbeiter unter sich. Zwei Arbeiter kamen hierbei ums Leben, zwei weitere wurden schwer und mehrere leicht verletzt.

Politischer Mordanschlag in Wien.

Wien. Der Tanzlehrer Paris Boschess feuerte auf den bulgarischen Emigranten Dr. Athanasoff und den Bulgaren Slawe Iwanoff in der Wohnung des Erstgenannten Revolverschüsse ab, die ihr Ziel verfehlten. Der Täter wurde verhaftet. Den Abendblättern zufolge ist nicht daran zu zweifeln, daß das Attentat auf den bulgarischen Emigranten Philipp Athanasoff, der dem vorigen Regierungssystem durch zwei Schüsse verletzt wurde, politischer Natur war.

Weihnachten in Bethel!

Wo immer auf Erden sich Große und Kleine des Kindes von Bethlehem freuen, da wird es hell und warm. Je dunkler und trauriger die Herzen sind, desto stärker will und kann der himmlische Glanz sie durchleuchten.

Das hoffen auch die Bewohner von Bethel wieder zu erleben. Etwa 5000 Fallsüchtige, Gemütskranke und Heimatlose aller Art und aus allen Teilen Deutschlands gehören zu unserer Gemeinde. Viele haben niemand, der in Weihnachten an sie denkt; und doch möchten wir keinen ohne Zeichen der Liebe lassen. Darum klopfen wir wieder bei den Freunden von Bethel an mit der herzlichen Bitte: Helft uns durch ein wenig irdische Freude etwas von dem himmlischen Glanz in die Herzen derer zu bringen, die in besonderem Maß durch Leid und Dunkelheit zu gehen haben! Jede kleinste Gabe ist willkommen, besonders Lebensmittel, Kleidungsstücke, Spielzeug, Bücher, Bilder. Auch Geldgeschenke, die wir in Gaben der Liebe verwandeln können, nehmen wir mit dankbarer Freude an. Je eher die Gaben in unsere Hände kommen, desto lieber ist es uns!

Allen Freunden von Bethel sendet
herzliche Weihnachtsgrüße

F. v. Bodelschwingh.

Bethel bei Bielefeld, im Advent 1926.
Postscheckkonto 1904 Hannover.

Pariser Rohstahlverhandlungen abgeschlossen.

Paris. Die in Paris geführten Verhandlungen der Delegierten der in der internationalen Rohstahlgemeinschaft vertretenen Länder sind zum Abschluß gelangt. Der sogen. Mitteleuropäische Block, bestehend aus den Vertretern der Industrien Österreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei, hat sich dem Stahlkartell angeschlossen. Das Internationale Schienenkartell ist endgültig gebildet worden. An den Verhandlungen haben deutscherseits teilgenommen: Fritz Thyssen, Direktor Ernst Poensgen, Direktor Klotzbach und Direktor Gerwin.

Wiedereinstellung der spanischen Artillerieoffiziere.

Madrid. Die Verfügung wird amtlich veröffentlicht, durch die sämtliche Artillerieoffiziere, die innerhalb der vorgesehenen Frist um ihre Wiedereinstellung ersucht haben, zum Dienste wieder zugelassen werden.

Der Kaiser von Japan im Sterben.

Tokio. Wie verlautet, ist der Zustand des Kaisers von Japan sehr besorgniserregend. Das Eintreffen des Prinzen Tschitschibu, der seinen Aufenthalt in England abgebrochen hat, wird für den 20. Januar erwartet.

Das Befinden des Königs von Rumänien.

Bukarest. Das Befinden des Königs ist weiter zufriedenstellend. Es werden keine täglichen Krankheitsberichte mehr ausgegeben. Die rumänische Gesandtschaft in Paris erklärt die in der Presse erschienenen Nachrichten über die angebliche Absicht des Königs von Rumänien, abzudanken, für vollkommen falsch. Von einer Abdankung des Königs Ferdinand sei niemals die Rede gewesen und könne niemals die Rede sein.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 11. Dezember.

* **Börsenbericht.** Die Börsenwoche schloß bei äußerst geringfügigen Umsätzen, Kursveränderungen waren nur in ganz unbedeutendem Ausmaß zu verzeichnen. Auch am Anleihemarkt war es äußerst still. Der Geldmarkt hat eine kleine Erleichterung erfahren, tägliches Geld stellte sich bei reichlichem Angebot auf 5,50—6,50 %, monatliches Geld auf 7,75—7,75 %.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 20,35—20,40; holl. Gulden 167,82—168,24; Danz. 81,45 bis 81,65; franz. Frank 16,62—16,66; schweiz. 81,09 bis 81,29; Belg. 58,41—58,55; Italien 19,10—19,14; schwed. Krone 112,13—112,41; dän. 111,84—112,12; norweg. 105,79 bis 106,05; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,23 bis 59,37; poln. Zloty (nichtamtlich) 46,43—46,67.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Es ist bestimmt in Gottes Rat
Das man vom Liebsten was man hat
Muß scheiden, muß scheiden

Heute morgen 8 Uhr entschlief sanft im Hinblick auf den Herrn, nach kurzem Krankenlager im Lüdenscheider Krankenhaus, mein innigstgeliebter, unvergesslicher Mann, unser treusorgender lieber guter Vater, unser guter Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm de Franzesko

im Alter von 36 Jahren 2 Monaten.

In tiefer Trauer:

Familie de Franzesko
Familie Schmidtmann.

Oeckinghausen, den 12. Dezember 1926.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Dez. nachm. 2½ Uhr vom Trauerhause aus statt.
½ Stunde vorher Trauerfeier im Hause.
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme an unserem schweren Verluste und für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Pels-Leusden

danken herzlichst.

Fritz Naumann
und Angehörige.

Oberbrügge, den 13. Dez. 1926.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Paul Schulte in Halver,** Kölnerstraße 2 wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Lüdenscheid, den 10. Dezember 1926.
Das Amtsgericht.

Vom Guten nur das Beste

in sämtlichen

Strumpfwaren!

Strumpfhaus Wagener,
„Das Haus der guten Strümpfe."
Lüdenscheid, Knapperstr. 21.
Gegenüber Hotel zur Post

Anzüge, Hosen enorm billig.

Auffallend
niedrige Preise

Damen-
MÄNTEL
78.- 65.- 42.- 29.- 21.- 15.-

Herren-
MÄNTEL
98.- 89.- 78.- 65.- 48.- 36.-

MÄNTEL
für Backfische, Burschen u. Kinder
in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.

Auswärtige Käufer erhalten Fahrtvergütung.
Verkauf nur I. Etage. Keine Schaufenster.

BEKLEIDUNGSHAUS
Münchhausen
12 1 Treppe **Hagen i. W.** Elberfelderstraße **12** 1 Treppe
Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Wir kleiden uns im





Warenhaus mit
Kreditbewilligung.

B. Schiffeliers, Hagen i. W.
Elberfelderstr. 94, 96, 96a, 98. Eingang Möbelgeschäft.

Neue Romane

Das Fähnlein der Versprengten	von Herzog	Mk 6,50
Teutonen	von Walter Bloem	Mk. 7,80
Um die Wartburg	v. Schreckenbach	6,00
Eiserne Jugend	von Schreckenbach	6,00
Die Hochzeit des Gaudenz Orell	von Ernst Zahn	Mk. 6,00
Der König der Bernina	von Heer	Mk. 6,50
Das große Ja	v. Winterfeld-Platen	4,50
Zwei Menschen	v. Richard Voß	Mk. 6,00
Der siegende Wald	v. Max Dreyer	6,50
Der Klecks	von Dornau	Mk 4,40
Der graue Alltag und sein Licht	von F. Rose	Mk. 6,50
Der Mutterhof	von F. Rose	Mk. 6,50
Die Erbschmiede	von F. Rose	Mk. 6,50
Der Helfer	von Speckmann	Mk. 5,00
Der tolle Professor	v. Sudermann	6,00
Elisabeth Löns	von Dilzer	Mk 3,50
Hermann Löns und die Frauen	von Kahle	Mk 4,00

vorrätig in der **Buchhandlung**
Wilh. Bell jr., Halver.

Briefkasetten

mit Namenaufdruck

als sehr beliebtes
Weihnachts-Geschenk

empfiehlt

Buchdruckerei
W. Bell jr., Halver.

Inserieren bringt Gewinn!

Habe
Weihnachtsbäume
abzugeben.
Otto Streppel,
Halver, Friedhofstr. 11.

Kohlen
eingetroffen und auf Lager wieder vorrätig:
Reine Stückkohlen
Fett-Nuß II
Eß-Nuß II
von nur erstklassigen Zechen.
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl
Tel. 11, Amt Rönsahl.

Weihnachtsbäume
empfiehlt
Albert Riebuhr,
Gartenbaubetrieb
Halver, Berlinerstr. 33.

KRAFT-FUTTERMITTEL.

Erdnußkuchen
Cocoskuchen
Leinkuchen
Amelner Schnitzel
Palmkuchen
Soyaschrot
Baumwollsaatmehl
Futterrüben

Roggen- u. Weizenkleie
Ia hoch%iges Milchfutter aus verschiedenen Kraftfuttermitteln zusammengestellt
ferner
Muskator-Milchfutter
Gerste und Gerstenmehl

Mais und Maismehl
Weizen, Weisshafer,
Mischfutter,
Melasse, Häcksel
und Torf
sowie
feinste Weizenmehle
grobes und feines Salz

KOHLEN **KOKS** **BRIKETTS**
empfiehlt
Albert Herdepe, Halver
Fernsprecher Nr. 40.